

Einen schönen Guten Abend meine Damen und Herren,

wie wir uns zur Wahl des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung verhalten, war für meine Fraktion und mich keine einfache Entscheidung, welche ich daher grundsätzlich und ausführlich begründen möchte.

Ich bin ein pflichtgetriebener Mensch. Die Grundlage der Pflicht ist die Sorge, deren Kernaufgabe es ist, für Entscheidungen die Betrachtung der Zukunft ins Hier und Jetzt zu tragen.

Heute findet unsere konstituierende Sitzung für die Institution der Stadtverordnetenversammlung statt. Jede Konstitution ist eine Geburt. Eine Konstitution innerhalb einer bestehenden Ordnung bestätigt diese Ordnung und ist eine Wiedergeburt der Institution. Eine Wiedergeburt auf einer langen Strecke der Zeit, innerhalb derer sich Ordnungen und Institutionen bestätigen. Dies geschieht durch die Träger, Menschen, welche die Institutionen mit Leben erfüllen, einem Leben, welches durch die Kultur der Träger ausgeprägt ist.

Die konkrete Ausformung der Ordnung und Institutionen entstand als Ausdruck einer Kultur und ihr Weiterbestand erfordert die Bereitschaft der Träger, diese Kultur weiterhin einzubringen.

Gleichzeitig formen die Ordnung und ihre Institutionen die Kultur der in ihnen lebenden Menschen, so dass sich ein Kreislauf ergibt, in welchem sowohl die Kultur, als auch die Ordnung und Institutionen sich gegenseitig bestärken.

Ordnungen und Institutionen können sterben, wenn die Menschen ihre Kultur wechseln oder nicht mehr die Energie aufwenden, ihre Kultur einzubringen.

Ernst-Wolfgang Böckenförde erklärte in seiner heute als Böckenförde-Diktum berühmten Aussage sinngemäß, der freiheitliche, säkularisierte Staat, und ich ergänze, der demokratische Staat, lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Ohne die Kulturträger scheitert seine Ordnung.

Mit dieser Aussage wendete er sich in der Frühzeit der Bundesrepublik an die Katholiken, um sie davon zu überzeugen, sich als Träger der Ordnung und Institutionen des Staates zu beteiligen, damit der Kreislauf der gegenseitigen Bestätigung von Ordnung, Institutionen und Kultur den Staat, welchen die Väter des Grundgesetzes kurz zuvor erschaffen hatten, am Leben erhalten werden kann.

Eine fehlende kulturelle Integration der Katholiken, damals noch eine Minderheit der Bevölkerung, wurde als Gefahr für die Grundordnung des Staates wahrgenommen, obwohl die kulturelle Distanz gering war. Heute sind die Katholiken integriert.

Böckenförde nannte diese, unsere bundesrepublikanische Grundordnung daher explizit ein Wagnis. Ein Wagnis war und ist es bis heute, da für den Erhalt unserer Grundordnung mit dem Rechtsstaat, der Freiheit, darauf aufsetzend der Demokratie, nicht mehr eine Instanz über den Menschen, sondern die Gesamtheit der Menschen selbst als diese Instanz Sorge trägt.

Etwas zu besorgen, ist selbst eine kulturelle Eigenschaft, die Kulturen erhält, indem zum Ausdruck kommt und uns sprachlich damit so prägt, dass das zeitliche Vorausdenken der Sorge das aktuelle Handeln bestimmen sollte. Der deutschen Kultur soll dies besonders eigen sein, worauf die Angelsachsen mit German Angst referenzieren. Zumindest bei historischer Betrachtung drängt sich der Schluss auf, dass in unserer Kultur Anpassungen erst durch größeren Leidensdruck erfolgen. Auch die Bedeutung des Kreislaufgedankens wird hier gut in der sprachlichen Ordnung deutlich – durch die Vorausschau erlauben unsere Sprachregeln, in der Zukunft liegende Dinge durch die Verwendung der Gegenwartsform präsenter zu machen.

„Es regnet morgen; morgen scheint die Sonne.“ Wer die deutsche Sprache spricht, wird im Gegenzug kulturell geprägt, vorausschauender zu handeln.

Dieser Kreislauf der Bestätigung bewahrt, wenn er vollkommen ist - Kontinuität schafft Vertrauen. Vertrauen schafft Kontinuität.

Damit der Kreislauf funktioniert, müssen seine Träger ihn mit Leben erfüllen. Dies geschieht mit dem Mittel der Macht. Die zwei Komponenten der Macht sind ihre inhaltliche Ausrichtung und deren Stärke, also wofür und wieviel man sich engagiert. Die Macht auszuüben, braucht also Führung, sonst führt sie zu nichts, wie man sagt. In Deutschland ist der Kreislauf nicht mehr intakt. Die Institutionen bestehen fort - noch -, aber das Vertrauen sinkt stetig. Die inhaltliche Komponente litt zuerst, bereits seit Jahrzehnten vertrauen die Bürger immer weniger, dass die Parteien ihre Interessen inhaltlich wahrnehmen.

Inzwischen fehlt es auch an der Stärke. Der Wille, unser Ordnungssystem mit Macht zu tragen und Leben zu erfüllen, verschwindet. Nicht nur das falsche Tun, sondern auch das fehlende Tun wird zum Problem.

Die Parteien kehren unserer Grundordnung damit den Rücken, sie desintegrieren sich kulturell und sind damit zunehmend nicht mehr die notwendigen Träger, welche für den Erhalt der Ordnung der Bundesrepublik eintreten.

Der Wähler nahm das Problem wahr und sucht seit Jahrzehnten nach alternativen Trägern.

Die ersten Anzeichen waren das Aufkommen von Bürgerbewegungen, nach einiger Zeit neuer Parteien, von denen einige später den gleichen Weg der Desintegration gingen.

Die deutsche Kultur basiert stark auf dem Konsens, auf dem Ausgleich der Macht. Dies prägte unsere historischen Ordnungen seit vielen Jahrhunderten. Unser Föderalismus findet seine Wurzeln in lange zurückliegender, vordemokratischer Zeit - aus dem Geschichtsunterricht kennen wir die Goldene Bulle von 1356. Dem heutigen französischen Zentralismus, in welchem ein Präsident mit mehr Rechten ausgestattet als der amerikanische Präsident, der von Paris aus bis in den letzten Winkel des Landes regiert, entsprach der frühere Absolutismus.

Die Neigung zum Beanspruchen des Ganzen führt zu starken politischen Wechseln in den romanischen Ländern, mal von ganz links, mal von ganz rechts regiert, teilweise so heftig, dass dabei die rechtsstaatliche, demokratische Ordnung selbst verschwinden konnte, wie in Chile.

Wird Macht nicht ausgleichend genutzt, spaltet und sprengt sie die Ordnung. Wenn sie inhaltlich falsch genutzt wird, verformt sie und bringt die Ordnung ins Ungleichgewicht. Wird die Macht gar nicht mehr genutzt, stürzt die Ordnung ein.

Damit dies nicht geschieht, haben wir als ein korrigierendes Element den Wechsel der Kulturträger durch Wahlen, welches langfristig die Ordnung stabilisiert, wenn die Wechsel maßvoll bleiben können.

Dieses Maß darf nicht überschritten werden. Das Vertrauen der Wähler ist mittlerweile in einem Ausmaß gesunken, dass früher normale Wahlergebnisse von knapp 40 bis 50 % für die CDU, 35 bis 45 % für die SPD, 10 bis 15 % für die FDP so unwahrscheinlich geworden sind, dass sie der jüngeren Bevölkerung nicht mal mehr historisch bewusst sind. 80 % der Bürgermeister sind inzwischen parteilos.

Der Austausch in den Institutionen erfolgt inzwischen in einem Tempo, dass ich die Gefahr sehe, dass neue Parteien nicht schnell genug lernen können, die Aufgaben innerhalb der Ordnung auszufüllen, dass die Steine einer tragenden Wand nicht an nur einer kleinen Stelle nacheinander, sondern an mehreren großen Stellen gleichzeitig ersetzt werden.

Das erfüllt mich mit großer Sorge, denn wir können nicht sicher sein, dass unser politisches System mit seinen Institutionen und Prozessen es verkraftet, wenn in hohem Tempo ein Großteil der Träger sich der Pflicht verweigert, es wie vorgesehen durch mit Inhalt, Energie und Ausgleich wahrgenommener Macht auszufüllen, sprich sich aus unserer freiheitlichen, rechtsstaatlichen, demokratischen Ordnung desintegriert. Der Wandel geschieht erstens zu schnell und zweitens die nachgeborenen und erst recht die zugewanderten potentiellen neuen Kulturträger haben keine Vorbilder, die sie dazu erziehen, die Rolle des kulturellen Trägers unserer Ordnung zu lernen, sodass sie sich integrieren können. Die meisten Parteien und ihre Mitglieder verhalten sich aus der Sicht der Bevölkerung im Wortsinne nicht mehr vorbildlich, sodass die Ersetzung etablierter Parteien bei Wahlen keine Frage der politischen Ausrichtung ist.

Die Parteien bestimmen die politische Willensbildung mit, entnehmen wir unserem Grundgesetz. Wo werden die Parteien dem noch gerecht? Desinteresse an freier Meinungsbildung greift um sich. Die tatsächlich noch Interessierten begnügen sich oft nicht damit, nur mitzubestimmen und wollen die freie Meinungsbildung bekämpfen. Der daraus folgende Schaden und noch größere Gefahr für unser Land ist, dass selbst die angestammte Bevölkerung zur Entfremdung von unserer Ordnung erzogen wird.

Wie die Familie die Keimzelle des Staates ist, sind die Kommunen die Grundlage für unsere politischen Etagen. Die Ortsverbände bilden Kommunalpolitiker heraus; aus deren Mitte werden die Landespolitiker und Bundespolitiker ausgewählt.

Die Stadtverordnetenversammlung ist daher genau der richtige Ort anzusetzen. Es ist an uns allen, ein Vorbild zu sein - Verantwortung zu übernehmen, zu führen, durch menschliche Nähe und ausgleichendes Verhalten zu verbinden, Einsatz zu zeigen, uns immer wieder Sachkenntnis anzueignen. Wenn wir unsere Organisationen mit Enthusiasmus und Pflichtgefühl erfüllen, wird der politische Streit sicher nicht verflachen - im Gegenteil, er wird fruchtbarer.

Als Wahlsieger stellen wir ein Viertel der Sitze der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde, die Fraktion mit dem größten Machtzuwachs und stimmenmäßig der meisten Macht. Die deutlich größte Macht haben jedoch die Fraktionen mit den etablierten Parteien, weil sie gemeinschaftlich gegen die AfD agieren können, bald möglicherweise auch gegen das BSW. Macht muss verantwortlich wahrgenommen werden. Die Fraktion der AfD möchte Verantwortung übernehmen; wir wollen uns für unsere Heimat einsetzen. Wir wollen dazulernen und lernen stetig dazu. Unser neues Eberswalder Kommunalwahlprogramm setzt ein deutliches Zeichen.

Die etablierten Parteien sind gewillt, gemeinsam mit allen Mitteln einen Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung aus den Reihen der AfD-Fraktion zu verhindern. Ausgehend von meinen Erläuterungen sind wir der Überzeugung, dass die potentielle Konfrontation Eberswalde nicht guttut. Wir wollen nicht den Streit um des Streites willen, wir reichen allen Stadtverordneten die Hand zur gemeinsamen Arbeit für unsere Stadt. Wir fordern die Vertreter der etablierten Parteien auf, ihre Pflicht wahrzunehmen, sich wieder als Vorbilder voll und ganz in unser politisches System zu integrieren und es durch unsere Zusammenarbeit zu stabilisieren. Sie werden gebraucht. Um zu diesem Weg beizutragen, verzichte ich als Vertreter der stärksten Fraktion auf die Kandidatur zum Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung.